

Gemeinsam gegen käuflichen Sex

Das Münchner Kommunikationszentrum für Frauen diskutiert mit Fachleuten aus ganz Europa, wie der Prostitution ein Ende gesetzt werden kann – Schweden ist Vorbild

VON ANNE KOSTRZEWA

Um Prostitution sollte es auf dem Kongress nicht gehen, das machte Organisatorin Anita Heiliger sehr deutlich. Ihr geht es darum, „wie wir der Prostitution ein Ende setzen“. Dazu habe die Soziologin, die im Vorstand des Münchner Kommunikationszentrums für Frauen (Kofra) ist, am Wochenende Befragten, Aktivistinnen und Betroffenen aus ganz Europa nach München geladen. Im Anton-Finckel-Zentrum diskutierten 30 Referentinnen drei Tage lang mit Besuchern rund um das Thema „Stop Sexkauf“.

Verkauf von einem „Loverboy“

Janas Geschichte beginnt in ihrer polnischen Heimat, mit Schlägen der Mutter und der verurteilten Suche nach Liebe. Viele Frauen, die aus Osteuropa nach Deutschland kommen und hier in Bordellen arbeiten, haben eine ähnliche Geschichte. Ein „Loverboy“ greift sie auf, wird ihr Freund, bietet Unterschlupf, Geld, Kleinstetats. „Er war jemand, zu dem ich immer gehen konnte. Diese Sicherheit macht sehr schnell abhängig“, sagt Jana heute. Sie war gerade 15 Jahre alt, als der Mann sie an einen Bordellbesitzer verkaufte.

Gemeinsam mit drei anderen Frauen sitzt Jana am Samstag im Diskussionsforum, auch Marie, Tanja und Rachel haben als Prostituierte Gewalt und Verweigerung erlebt. Sie wollen aufklären. Es solle sich etwas ändern, fordern sie. Im Saal sind alle Stühle besetzt, viele Zuhörer stehen. Von der Flucht nach Deutschland, erzählt Jana, erhoffte sie sich die Chance auf ein normales Leben, doch sie landete im nächsten Bordell. „Ich war entsetzt, dass Prostitution hier so normal ist“, erinnert sie sich. „Die Menschen hier sind so gebildet, ich hätte nie gedacht, dass sie so mit Frauen umgehen.“ Noch bevor die vier Frauen – sie nennen sich „Überlebende“ – ihre Geschichten erzählt haben, wird das Seminar unterbrochen. Es heißen Tränen, die schlimmen Erinnerungen kommen hoch – Tanja und Rachel brauchen eine Pause.

Hohes Gesundheitsrisiko

Kritik gab es am Samstag an zwei deutschen Gesetzen, die das Sex-Geschäft bestimmen, das Infektionsschutzgesetz von 2001 und das Prostitutionsgesetz, das seit 2000 gilt. Laut Infektionsschutzgesetz sind Gesundheitskontrollen freiwillig, auch für Prostituierte. Aus Sicht von Heimit Sporer hilft das wenig. Der Erste Kri-

senhauptkommissar der Kripo Augsburg erklärte am Samstag, das Gesetz verschleiere die Chance, regelmäßig mit den Frauen zu sprechen. Nur wenige gingen freiwillig zum Gesundheitscheck – oder durften gehen, so Sporer. Die Untersuchungen hätten geholfen, auf Misshandlungen aufmerksam zu werden und Krankheiten zeitig zu behandeln. Sporer: „Das Gesundheitsrisiko ist mittlerweile für alle sehr hoch.“ Ob beim gekauften Sex Kondome verwendet werden müssen, ist Ländersache. In Bayern gilt die Kondompflicht.

Das zweite umstrittene Gesetz weist Prostitution als Dienstleistung aus. Die Frauen können sich regulär kranken-, sozial- und rentenversichern und ihre Bezahlung einfordern. Rednerin Manuela Schön, Linken-Stadtratsrätin in Wiesbaden, erklärte dazu, sie wolle Prostitution nicht als „Job wie jeder andere“ verstanden wissen. Wäre Prostitution das, stünde sie auch den Jobcenter-Agenten als Vermittlungsoption offen, argumentierte Schön. „Dem ist

aber nicht so, weil im Jobcenter nur Jobs vermittelt werden, die zumutbar sind. Die Prostitution ist das nicht.“ So sieht das auch die schwedische Regierung. Vor 15 Jahren trat in Schweden ein Gesetz gegen Sexkauf in Kraft. Auf dem Kongress wurde es als Vorschlagsmodell präsentiert.

Jagd auf Freier in Stockholm

Simon Häggström hat sich schon mit vielen Prostituierten verabredet, erzählt er. Das sei Teil seines Jobs. Häggström leitet in Stockholm die Polizeieinheit, die für die Einhaltung des Prostitutionsverbots zuständig ist. Seit Bordelle verboten sind, bieten sich die Frauen – selten freiwillig – im Internet als „Bagliertarinnen“ an. Wenn Häggström sie trifft, sehe er meist schon an der Tür, dass es bei dem Geschäft um etwas anderes gehen soll. Dann entschuldigt er sich, geht – und macht ihre Zuhälter auffindig. Bestraft werden nicht die Frauen, sondern die Freier, Zuhälter und Mittels-

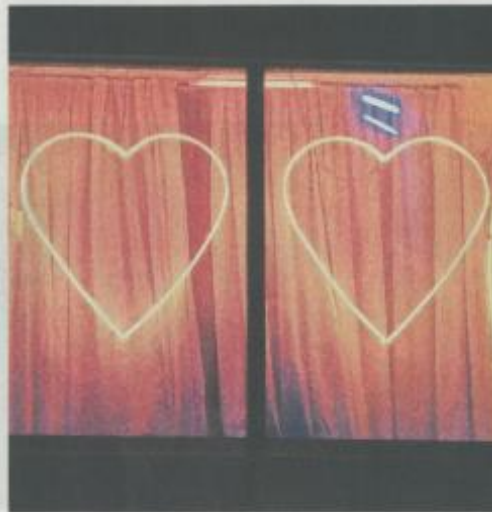
männer, die Kontakte vermitteln. Ihnen drohen 90 Tagesstrafe Geldstrafe oder bis zu einem Jahr Haft. Häggströms Kolleginnen laufen als „Köder“ durch einschlägige Straßen. Spricht sie ein Mann an und fragt nach ihrem Preis, greift die Polizei ein. Alle gefassten Männer müssen eine DNA-Probe abgeben. Zahlreiche Vergewaltigungsfälle konnten so bereits aufgeklärt werden.

Vor seiner Verabschiedung wurde das Gesetz kontrovers diskutiert. 1998 waren einer Studie der Regierung zufolge 66 Prozent der Schweden dagegen. Heute befürworten über 70 Prozent der Schweden das Sexkauf-Verbot. Freier und Zuhälter gelten als „verpöht“, werden stigmatisiert. Prostitution wird als Diskriminierung gegen Frauen verstanden. Das Gesetz maßgeblich mitgestaltet hat Gunilla Ekberg. Sie berät die schwedische Regierung zu Themen rund um Prostitution. Auf dem Kongress sagte sie: „In Schweden haben wir das Gesetz, aber unsere Arbeit geht weiter.“ Als ihre Aufgabe sehe sie es nun, auch Politik und Justiz anderer Staaten vom „Schwedischen Modell“ zu überzeugen.

Starke Prostitutionslobby

Regionale Initiatoren gegen käuflichen Sex gibt es viele in Deutschland, rund 30 vom ihnen waren am Wochenende in München vertreten. Die Männer-Organisation Zero-Macho, in Frankreich entstanden und mittlerweile auch in deutschen Regionalgruppen aktiv, machte dabei klar, dass Prostitution kein reines Frauenthema ist. „Es sollte auch im Interesse der Männer sein, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind“, erklärt Tobias AIT aus Regensburg sein Engagement. Benenne in seinem Freundeskreis stoße er damit aber auf Ohren: „Viele meinen, das bringe doch nichts.“

Einen ähnlichen Eindruck vermittelt auch die Politik, berichten Aktivistinnen im Plenum. Kleine Gruppen könnten zwar im Kleinen etwas bewirken. Gegen die starke Prostitutionslobby kämen sie aber oft nicht an. Anträge an Bundestag über läßen oft unbeantwortet. Dorothee Schlegel, für die SPD im Bundestag, hat die Organisationen als Rednerin, ihre Anträge zu bindeln. „Wir können ja nicht zig Leute anhören.“ Linken-Politikerin Schim glauke: „Wer es als Berufspolitikerin zu etwas bringen möchte, sollte Prostitution ausklammern. Auch das muss sich ändern.“ Die Gruppen rufen den Kongress deshalb auch, um sich untereinander besser zu vernetzen und ihrem gemeinsamen Ziel, dem Ende der Prostitution, ein wenig näher zu kommen.



Hierher leuchten in den Fenstern eines Bordells. Hinter der Fassade regieren jedoch oft Gewalt und Ausbeutung. FOTO: MARIO